



Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“

Sachsen

Problemaufriss Sachsen ist gefordert, sich mit einer aktiven rechtsextremistischen Szene auseinanderzusetzen. 2007 verzeichnete der Verfassungsschutzbericht 2 144 rechtsextremistische Straftaten (+4%), davon 90 Gewaltdelikte (+17%). Von Januar bis Dezember 2007 recherchierten die (seinerzeit) zwei sächsischen Opferberatungsprojekte 306 rechtsextrem oder rassistisch motivierte Übergriffe mit 402 direkt Betroffenen. Aufgrund mangelnder Beweislage kommen jedoch etliche Fälle nicht zur Anzeige.

Die Landeskoordinierungsstelle Die Landeskoordinierungsstelle (LKS) ist im Sozialministerium, im Referat Jugendhilfe angesiedelt. Dies war bereits in der Vergangenheit die zuständige Stelle auf Landesebene für alle entsprechenden Bundesprogramme. Für die Anbindung der Landeskoordinierungsstelle bei der Regierung spricht das Kernanliegen des Bundes, mit dem Programm „kompetent. für Demokratie“ die Länder stärker in die Pflicht zu nehmen. Somit ergeben sich Synergien: Einmal durch Landeskofinanzierung und zum anderen durch die mit der Zuwendung der Bundesmittel verbundene Rechenschaftspflichtigkeit.

Das Beratungsnetzwerk In Anknüpfung an das vorherige Bundesprogramm „Civitas“ agieren in Sachsen ein Träger der mobilen Beratung und – entsprechend den Leitlinien des BMFSFJ – ein Träger der Opferberatung mit jeweils drei Regionalstellen. Diese fungieren als Erstkontaktstellen und übernehmen nach Auftragserteilung die Beratung. Insgesamt sind 16 Personen hauptamtlich im Rahmen des Bundesprogramms tätig. Bewährt hat sich bei diesem Modell die personelle Kontinuität bei den Beratungsträgern, die einerseits zur Professionalisierung der Arbeit beiträgt, andererseits aber auch stabile Kooperationsbeziehungen zu PartnerInnen vor Ort und Vertrauen zu den Klienten/-innen ermöglicht.

Kompetent beraten Beratungsteams erhalten einen Auftrag zum Handeln, wenn eine Situation entstanden ist, in der das jeweilige Gemeinwesen oder eine Region mit den ihr normalerweise zur Verfügung stehenden Mitteln und Akteuren nicht allein in der Lage ist, rechtsextreme Erscheinungen und Aktivitäten zu erkennen bzw. sich ihrer zu erwehren. Insbesondere zählt dazu das Auftreten von Gewalt, Diskriminierungen und Bedrohungen gegenüber Menschen sowie der Kauf von oder die Dominanz über Immobilien und öffentliche Räume von Seiten rechtsextremer Akteure. In der Regel melden die Erstkontaktstellen über die Projektleitungen der Träger Problemanzeigen an die LKS. Diese prüft den Sachverhalt, nimmt gegebenenfalls Rücksprache und erteilt dann einen entsprechenden Auftrag. Daraufhin wird das jeweilige Regionalteam unter Nutzung regionaler Netzwerke beratend tätig.



Kontakt

Sächsisches Staatsministerium für Soziales

Postfach 10 09 41
01097 Dresden

Tel.: 03 51 / 564 55 26

